

ein präsident mit risiko

Joachim Bischoff
Donald Trump – ein Präsident mit Risiko

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Bei VSA: erschien von ihm im Juli 2017 (zusammen mit Fritz Fiehler, Stephan Krüger und Christoph Lieber): »Vom Kapital lernen. Die Aktualität von Marx' Kritik der politischen Ökonomie«.

Joachim Bischoff

Donald Trump – ein Präsident mit Risiko

**Die USA zwischen Niedergang der Demokratie
und dem Umsturz der Weltordnung**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-750-0

Inhalt

Einleitung: Trump und die Republikanische Partei verändern Amerika und die westliche Welt	7
Amerikas Souveränität im Klimawandel	8
Zeitenwende: Änderung der neoliberalen Weltordnung	12
Kapitel 1:	
Machtwechsel: Die Eroberung der Republikanischen Partei	16
Kapitel 2: Die »immense Wut« auf das Establishment	32
Der Rechtspopulismus in den USA	35
Abstieg und Abstiegsängste der Mittelklasse	37
Kapitel 3: Dekonstruktion des Verwaltungsstaates in der Praxis	49
Mit Haushaltskürzungen und Kahlschlag bei der Sozialhilfe zu neuem Wachstum?	56
Gespaltenes bürgerlich-konservatives Lager	61
Kapitel 4: Trumponomics: neuer »Aufbruch« in Amerika?	65
Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit?	68
Steuerreformen im Anmarsch	70
Etablierung eines »internationalen und fairen« Handelssystems	73
Produktivitätsentwicklung = Rückkehr der Industriejobs?	82
Wiederherstellung der ökonomischen Weltmachtposition	85
Das Ende der Innovation	87
Zurück zur hegemonialen Industrienation?	89
Die Neuausrichtung der US-Politik	92

Erneuerung der US-Wirtschaft?	93
Scheitern die Trumponomics?	103
Kapitel 5: Niedergang des US-Kapitalismus – ökonomisch wie militärisch?	105
»New Economy«: Crash auf Raten	110
Nach dem Ende der Systemkonfrontation: neuer Imperialismus?	113
Krise im transatlantischen Bündnis	115
Wurde aus dem militärischen Riesen ein ökonomischer Trittbrettfahrer?	118
Kapitel 6: Bilanz der Ära Barack Obama	122
Amerikas Krankenversicherung	123
Abfederung der Großen Krise	126
Versuch der Verteidigung der »Middle-Class economics«	128
Transformation der Demokratischen Partei	131
Kapitel 7: Gefährdung des demokratischen Kapitalismus?	133
Rule of Law und Rule of Trump – Amerikanische Verfassungsdebatte	135
Von der Demokratie (anonyme Form der Klassenherrschaft) zur personalen Form	140
Die Russland-Affäre oder die Herausforderung des »deep state«	145
Ausblick	150
Neuformation der gesellschaftlichen Opposition erst in Ansätzen	152
Literatur	155

Einleitung:

Trump und die Republikanische Partei verändern Amerika und die westliche Welt

Der Immobilienmilliardär Donald Trump surfte nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen und einem schmutzigen Wahlkampf auf einer Welle von populistischen und unternehmensfreundlichen Stimmungen ins Weiße Haus.¹ Im Januar 2017 nutzte er seine Antrittsrede zu einer schnörkellosen Kampfansage an das wirtschaftliche und politische Establishment. Dabei erneuerte er die Kritik, dass diese wirtschaftliche und politische Elite nur ihre Interessen verfolgt, das Land und die BürgerInnen darüber total vernachlässigt habe. Inhaltlich hat der 45. Präsident der Vereinigten Staaten Ende Februar 2017 vor beiden Kammern des Kongresses, dem Senat und dem Repräsentantenhaus, Mitgliedern des Kabinetts und des Obersten Gerichts die Eckpunkte seiner Politik umrissen. Donald Trump sieht das Ende der westlichen globalen Ordnung als Ausgangspunkt des von ihm verfolgten Aufbruchs Amerikas an.

Die Regierungen der europäischen Länder kommen nicht umhin zu akzeptieren, dass mit Trumps Amtsantritt eine politische und soziale Zeitenwende eingeleitet worden ist. Die politischen Klassen Europas haben auf die sich abzeichnende Umwälzung bisher mit der üblichen Mischung aus Resignation und Unentschlossenheit reagiert. Strapaziert wird die alte Formel von der notwendigen »Vertiefung der europäischen Integration«, anstelle eine selbstkritische Analyse auf den Weg zu bringen, in der die Widersprüche der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Flüchtlingspolitik Europas aufgearbeitet werden und in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs eine Verständigung auf eine eigenständige europäische Alternative erfolgt.

¹ Zum Wahlkampf siehe insbesondere Kapitel 1 und 2. Im Kasten auf S. 25ff. sind die wichtigsten Aspekte des Wahlerfolgs von Trump zusammengestellt.

Wie schwer diese Neuorientierung fällt, wurde auf dem Jahrestreffen der NATO im Mai 2017 deutlich, bei dem den neuen US-Präsidenten 28 Staats- und Regierungschefs des Verteidigungsbündnisses willkommen hießen: Trotz Skepsis in Berlin und Paris rang sich die NATO zum Beitritt zur Koalition gegen den Islamischen Staat durch.² Trump nutzte das Treffen zu einer Generalkritik und forderte von den Europäern erneut höhere Ausgaben für die Verteidigung. Noch immer zahlten 23 der 28 Alliierten nicht, was sie zahlen müssten – was nicht fair sei gegenüber den amerikanischen Steuerzahlern. Diese »chronische Unterfinanzierung« werde die US-Administration nicht mehr tolerieren. Faktisch sollen damit auch die europäischen Verbündeten in einen fragwürdigen Kurs der Aufrüstung hineingezogen werden.

Amerikas Souveränität im Klimawandel

Auch die Klimapolitik der USA ist von Donald Trump inzwischen in den Zeitenwechsel eingeordnet worden. Die US-Umweltbehörde EPA wird über Budget-Kürzungen massiv entmachtet. Trump bezweifelt den wissenschaftlichen Konsens, wonach der Klimawandel primär vom Menschen verursacht wird. Nach seinem mehrfach angekündigten Rückzug aus dem Ende 2015 verabschiedeten Pariser Weltklimaabkommen hatte er über Twitter mitgeteilt, dass der Klimawandel eine Erfindung der Chinesen sei mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie zu unterminieren. Er will die Rahmenbedingungen der Kohleindustrie erhalten und rechtfertigt dies mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Dabei sind in den Bereichen Solar- und Windenergie viel mehr US-AmerikanerInnen beschäftigt. Die Revitalisierung der Kohleindustrie ordnet sich in das Konzept einer amerikanischen Energie-Dominanz ein. Bei einem Auftritt im amerikanischen Energieministerium stellte der Präsident heraus: Noch vor wenigen Jahren hätte man es nicht einmal für möglich gehalten, dass Amerika je die Energie-Unabhängigkeit erlange. Heute hingegen sei

² Da bereits alle Staaten des Bündnisses Teil der Koalition sind und die Allianz die Beteiligung an Kampfhandlungen ausschließt, hat der Schritt letztlich allerdings nur eine Symbolwirkung.

man an der Schwelle, zum Energie-Nettoexporteur zu werden. Vorbei seien die Diskussionen über »Peak Energy« oder über die Abhängigkeit von fremden Energiemächten. Man werde Amerikas üppig vorhandene Energiressourcen und technologische Innovationen zum Wohle des In- und Auslands einsetzen. Ein Amerika, das den globalen Energiemarkt beherrsche, sei eine selbstverantwortliche und sichere Nation, frei von geopolitischen Konflikten im Vergleich zu anderen Ländern, die Energie als wirtschaftliche Waffe einsetzten. Ein solches Amerika werde in Märkte rund um die Welt exportieren, was die amerikanische Führerschaft und den amerikanischen Einfluss erhöhen werde. Für Amerika habe eine »goldene Ära« der Energie begonnen.

Das Pariser Abkommen dagegen gefährde die amerikanische Energiedominanz. Der US-Präsident begründete den Ausstieg mit den Worten: »Als jemand, dem die Umwelt sehr am Herzen liegt, kann ich nicht guten Gewissens einen Deal unterstützen, der die USA abstraft.« Dieser Vertrag widerspreche seiner Vorstellung von Umweltschutz, da zum Beispiel China und Indien ihre Emissionen in den nächsten 13 Jahren weiter steigern könnten. Sie dürften viele weitere Kohleminen eröffnen, während die USA ihre Minen schließen müssten. In dem Abkommen gehe es nicht darum, das Klima zu schützen, vielmehr um Industriepolitik und die weltweite Verschiebung von Jobs. »Wir steigen also aus, aber wir werden weiter verhandeln und sehen, ob wir einen fairen Deal bekommen.«

Der im November 2016 in Kraft getretene Klimapakt von Paris sieht vor, das Wachstum der gefährlichen Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Neben der Festsetzung von Korridoren für die weitere Nutzung von fossilen Energien und der Verpflichtung des Übergangs zu regenerativen Energien enthält das Abkommen Festlegungen für einen Finanzfonds zur Unterstützung der ärmeren Länder. Mit einem weltweiten Kraftakt sollen in den nächsten Jahrzehnten so dramatische Folgen wie Dürren und ein Anstieg der Weltmeere abgemildert werden. Einzigartig ist dieses völkerrechtliche Abkommen, weil erstmals fast alle Länder eingebunden sind.

Trump sieht die Kündigung des Klimaabkommens als einen weiteren Schritt zur Stärkung von Amerikas Souveränität und Hege-

monie in der Welt. Der Präsident stellte das Abkommen als eine massive Umverteilung von Wohlstand zulasten der USA dar. Demnach würde die Lebensqualität amerikanischer Familien stark sinken, denn das Abkommen würde eben nicht dazu führen, dass der Kohlesektor global schrumpft, sondern lediglich amerikanische Jobs dem Ausland opfern. Außerdem schließe das Klimaabkommen die Gefahr der Ausweitung von Stromausfällen ein, viele Firmen könnten damit lahmgelegt werden.

Die fast 200 völkerrechtlichen Partner des Pariser Abkommens sind Donald Trump gleichgültig. Als Präsidentschaftskandidat habe er den radikalen Kurswechsel versprochen und halte mit dem Ausstieg dieses Versprechen ein. Die Begründung trägt die Handschrift seines rechtsextremen Strategen Steve Bannon, der die USA am Rande des Untergangs – verursacht durch ein weltweites Kartell parasitärer Staaten – sieht. Bestandteil dieser Verschwörungstheorie sind die Angriffe gegen europäische Staaten, die Amerika mit unfairen Handelspraktiken um Billionen betrogen hätten, zu wenig an die NATO zahlten und die USA zum Gespött machten. Trump selbst appelliert offen an die nationalistischen Ressentiments seiner Wähler. Die USA wollen ab sofort die nicht bindenden Teile des Klimaabkommens nicht mehr befolgen. Ihr Ausstieg ist allerdings wegen entsprechender Klauseln im Vertrag langwierig und tritt erst im November 2020 in Kraft. Die Folgen für den Kampf zur Regulierung des Weltklimas bleiben überschaubar:

- In etlichen Bundesstaaten der USA gelten bereits anspruchsvolle Programme, die durch die Entscheidung Trumps nicht berührt werden; allerdings wurden etliche Klimaschutzmaßnahmen der Obama-Regierung rückgängig gemacht, hinzu kommen die drastischen Haushaltskürzungen für die Umweltbehörde.
- Zwar ist unter Trump keine Beschleunigung einer klimaschonenden Industriepolitik zu erwarten, aber schon Präsident Barack Obama konnte in der Klimapolitik nur begrenzte Erfolge erreichen.³

³ So wurde kein bedeutendes Klimaschutzgesetz durch den Kongress gebracht. Auch Obama wollte die politischen Blockaden im Kongress durch Dekrete umgehen. Zentral war der Clean Power Plan, der Bundesstaaten zu

- Der CO₂-Ausstoß in den USA wird weiter sinken, weil billiges Erdgas die Kohle verdrängt. Der Preisverfall für fossile Energien wird sich auch in den USA über die Erdgasförderung hinaus fortsetzen. Kohlekraftwerke, die vor zehn Jahren noch knapp die Hälfte der Stromerzeugung abdeckten, werden nicht nur durch konventionelle Energieträger verdrängt, sondern auch durch erneuerbare Energie. Deren Anteil an der Produktion steigt seit 2010 stetig und erreicht nach der Prognose der US-Energie-Agentur im Jahr 2018 rund 15%. Die erneuerbaren Energien verdanken ihren Aufschwung vor allem der Förderpolitik. Entsprechende Steuervergünstigungen wurden 2015 mit der großen Mehrheit beider Parteien vom Kongress verlängert und gelten mindestens bis 2021.
- Die EU hat erklärt, dass die von Trump geforderten Neuverhandlungen unrealistisch sind. Zusammen mit China könnte die EU – vorausgesetzt, die proklamierte Stärkung und Modernisierung der europäischen Kooperation bleibt nicht reine Papierform – neue Impulse in der wirtschaftlichen und politischen Agenda beim Klimaschutz voranbringen.
- Mit dem Austritt aus dem Pariser Abkommen wird Trump den globalen Trend nicht stoppen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Energienutzung, die daraus resultierenden Preisrevolutionen und die Förderpolitik in aller Welt führen dazu, dass die erneuerbare Energie günstiger wird. Trumps Ausstieg und die unbestreitbaren Hindernisse in der US-Gesellschaft verzögern diese Entwicklung, aber blockieren können sie die Veränderung nicht.

Dass Trumps Strategie in vollem Umfang aufgeht, ist unwahrscheinlich. Die Politik einer Selbstisolation ist in den USA nicht mehrheitsfähig, Trump hatte bei seiner Wahl nicht die Mehrheit der Wähler hinter sich und nach der bisherigen wirren Amtsführung ist die Zustimmung weiter geschrumpft. Die meisten AmerikanerInnen erkennen durchaus die Notwendigkeit, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, auch wenn die konkreten Maßnahmen

Reduktionszielen in der Energieerzeugung verpflichten sollte. Gerichte blockieren bis heute die praktische Umsetzung dieses Dekrets.

umstritten sein können. Und auch die wirtschaftliche Elite folgt Trump, Bannon & Co. keineswegs geschlossen in die Politik der »Dekonstruktion des Verwaltungsstaates« (siehe dazu Kapitel 2).

Trumps Entscheidung beweist, dass die Politik des »America first« eben nicht nur eine rechtspopulistische und rechtsextreme Weltsicht ist, sondern dass der Präsident mit seiner Administration an deren praktischer Umsetzung arbeitet. Dabei stößt er zunehmend auf gesellschaftliche und institutionelle Widerstände. Insbesondere droht dem Präsidenten durch die Befragungen und Ermittlungen in der Affäre von Ex-FBI-Chef James Comey massiver politischer und rechtlicher Ärger (siehe Kapitel 7).

Die nationalistische Rhetorik und die Kampfansagen gegen das politische Establishment könnten zudem die konjunkturelle Aufwärtsbewegung beenden. Dann wären die USA und die Globalökonomie in noch ganz anderem Ausmaß herausgefordert. Die Politik des »America first« führt die Supermacht in eine noch nie dagewesene Isolation und gefährdet die fragile Konstellation der Globalökonomie noch weiter. Den Preis für die Geringschätzung der Umwelt zahlen all jene in der Welt, die jetzt schon unter den Folgen des Klimawandels leiden, sowie die Staaten, die bisher auf den Bündnispartner USA gesetzt haben. Mit den getroffenen und angedrohten Entscheidungen wird Amerika seine angeschlagene Weltmachtrolle nicht festigen können. Den größten Schaden aber richtet Trump in seinem eigenen Land an.

Zeitenwende: Änderung der neoliberalen Weltordnung

Trumps Aussagen in den Bereichen NATO, Weltklima, Flüchtlinge und Welthandel zeigen, dass der US-Präsident eine Zeitenwende einleitet, weil er ein anderes Weltbild unterlegt und daher andere Strategien verfolgt. Bisher hatten Republikaner wie Demokraten die NATO als Grundpfeiler amerikanischer Sicherheitspolitik betrachtet. Es war daher im strategischen Interesse der USA, dass die Europäer für eine politisch stabile und marktwirtschaftlich geprägte Entwicklung sorgen. Mit seinem Wirtschaftsprotektionismus, der Skepsis gegenüber Migration und der Kritik an Angela Merkels Entscheidungen in der Flüchtlingskrise hat Trump rechtspopulistische Strömungen in Westeuropa bestärkt. In der

Schlussdeklaration des G7-Gipfels in Italien vom 27. Mai 2017 haben sich die Staats- und Regierungschefs zwar gegen Protektionismus positioniert, aber in den meisten wichtigen Fragen wurden die Differenzen zwischen Trump und den anderen Teilnehmern aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Japan und der EU deutlich.

Auch für die Position der europäischen Hegemonialmacht Deutschland sind die wirtschaftlichen Folgen von Trumps Präsidentschaft tendenziell negativ. Trump wird die Unternehmenssteuern deutlich senken (von 35 auf 15%), um mehr Unternehmen zum Verbleib in den USA zu bewegen und deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Deutschland als Exportnation dürfte diesen Kurswechsel besonders heftig zu spüren bekommen.

Nach dem G7-Gipfel sprach sich die deutsche Bundeskanzlerin für eine größere Eigenständigkeit der europäischen Länder aus: »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen«, denn die USA seien kein verlässlicher Partner mehr. Angela Merkel bezog sich auch auf den anstehenden Brexit Großbritanniens. In dieser Neuorientierung erhält das Verhältnis zu Frankreich unter dem Präsidenten Emmanuel Macron eine erhöhte Bedeutung. Damit ist aber auch zugleich die Grundschwierigkeit eines solchen Kurses benannt: Deutschland müsste von seiner Politik des »Greater Germany« abrücken, die Austeritätspolitik für Europa zumindest aufweichen und zu einer politischen Alternative in Europa die Hand reichen.

Trumps Idee von Außenpolitik wiederum lautet: Sie soll ausschließlich an US-Interessen ausgerichtet werden – getreu dem Motto »Amerika zuerst«. Andere Länder wie Deutschland oder Japan müssten für den Schutz durch die USA bezahlen. Dies könnte jedoch dazu führen, dass zunehmende Handelskonflikte und Unsicherungen das Fundament der bereits strukturell geschwächten Weltwirtschaft erschüttern und geopolitische Verhältnisse verschieben. Die Risiken dafür werden deutlich steigen.

Das militärische Engagement will Trump begrenzen, aber gleichzeitig den Kampf gegen den Terrorismus verstärken. Die NATO hält er für überkommen und stellt die Beistandsgarantie im Fall eines bewaffneten Angriffs auf Partnerstaaten teilweise infrage.

Dass der Republikaner damit mal eben sämtliche Grundpfeiler amerikanischer Außen- und Verteidigungspolitik zur Disposition stellt, sorgt nicht nur in Berlin und Europa für Irritationen. Die zentrale Leitlinie ist für Trump die Wiederherstellung der Weltmachtrolle der USA. »Um unsere Ziele im Land und im Ausland zu erreichen, müssen wir den Motor der amerikanischen Wirtschaft wieder anwerfen.« Unternehmen müssten leichter in Amerika Geschäfte machen können und es solle ihnen viel schwerer gemacht werden, das Land zu verlassen. Die Analysen über Art und Umfang der Unterminierung der ökonomischen Hegemonialrolle der USA sind umstritten (siehe etwa Gindin u.a. 2003 sowie Gindin/Panitch 2013), gleichwohl ist der oberste Grundsatz der Trump-Administration die Wiedergewinnung der Hegemonie der USA, und zwar über die Erneuerung des Motors der US-Ökonomie (siehe hierzu auch Hickel 2017).

Amerika habe die Grenzen fremder Länder beschützt, die eigenen aber offengelassen für Drogen und illegal eingereiste Migranten. Man habe fremden Leuten geholfen, jedoch die eigenen Kinder in amerikanischen Innenstädten – eine Umschreibung für Wohngebiete mit schwarzer Bevölkerungsmehrheit – vernachlässigt. Die Infrastruktur im eigenen Land verfallende. Der US-Präsident setzte dem das Versprechen entgegen, es würden »wunderschöne« neue Autobahnen, Eisenbahnen, Häfen, Flughäfen und Brücken gebaut.⁴ Seit seiner Wahl habe die Kapitalisierung der börsennotierten Firmen um drei Bio. US-\$ zugenommen und er habe diverse Maßnahmen ergriffen, um amerikanische Arbeitsplätze zu schaffen und zu beschützen: den Rückzug vom geplanten Transpazifischen Freihandelsabkommen, die Bewilligung des Baus neuer Ölpipelines und den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko, die zu steigenden Löhnen in den USA führen würde.

Trump verweist zudem auf den hohen Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsschwelle in den USA, den relativ niedrigen Beschäftigungsgrad und das Defizit im Außenhandel, um zu belegen, wie düster die Lage ist. Er glaube an freien Handel, aber

⁴ Wie Trump das alles zu finanzieren gedenkt, hat er bislang nicht dargestellt.

Handel müsse auch fair sein, und das sei er seit langem nicht mehr. Deshalb unterstreicht der Präsident seine These, wonach das Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada (NAFTA) zum Niedergang der US-Industrie geführt habe. Es sei Zeit für ein neues Programm des nationalen Wiederaufbaus. Dieses werde den Gegenwert von einer Bio. US-\$ haben. Dabei gelte das Prinzip »buy and hire American«.

Entscheidend für die Erneuerung des Wirtschaftsmotors seien eine Neujustierung der Handelspolitik, eine Neuordnung der Migration und eine historische Steuerreform. Unternehmen sollten weniger Steuern bezahlen, um überall wettbewerbsfähig zu sein und florieren zu können. Gleichzeitig solle die Mittelschicht von massiven Steuererleichterungen profitieren.

Neben dem Komplex wirtschaftliche Erneuerung und nationale Sicherheit umfasst Trumps Neuordnungsvorstellung auch die Themen Steuern und Arbeitsplätze, Handel, Einwanderung und Gesundheit. Eine politische Debatte in den USA über diesen Richtungswechsel zu einer grundlegenden Veränderung der Weltordnung würde deutlich machen, dass es im US-Establishment auch andere Einschätzungen und Perspektiven gibt. Aber Trump sucht keinen Dialog oder gar eine Verständigung mit anderen Weltansichten in der Republikanischen Partei oder bei den Demokraten. Wie im Wahlkampf setzt er auf Konfrontation und Abgrenzung.

Das Konfliktpotenzial ist deutlich: Sein »wirtschaftliche Nationalismus« steht in Kontrast zum traditionellen republikanischen Verständnis von Freihandel. Und auch Trumps Prestigeprojekt – die Mauer zu Mexiko, die Milliarden von US-Dollar verschlingen würde – dürften die Republikaner im Kongress kaum zustimmen. Trump benötigt jedoch einen Kompromiss mit der Mehrheit der Republikanischen Partei, also einem Teil des von ihm hart attackierten politischen Establishments. Andererseits will er keine Abstriche von der Logik des »America first« machen.

Kapitel 1

Machtwechsel: Die Eroberung der Republikanischen Partei

Die amerikanische Wahlbevölkerung hat im November 2016 mit dem Votum für den Rechtspopulisten Donald Trump – bei nach wie vor erheblicher Wahlenthaltung – vor allem gegen das politische Establishment in Washington protestiert. Das von vielen nicht erwartete Votum läutet das Ende eines außen- und wirtschaftspolitischen Grundkonsenses der westlichen Demokratien ein. Mit dem Slogan »America First« als Synonym für einen gesellschaftspolitischen Wandel in den USA geht für die Europäer eine Ära zu Ende, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Verhältnis zu den USA bestimmte.

Mit Donald Trump wurde ein Immobilienunternehmer zum Präsidenten gewählt, der wenig politische Erfahrung hat und dessen Credo in einer hasserfüllten Kampfansage an das wirtschaftliche und politische Establishment besteht. Im schmutzigen Wahlkampf⁵ hatte er für reichlich negative Schlagzeilen gesorgt, weil er MigrantInnen, Frauen, Behinderte, Muslime, Hispanics und Veteranen beleidigte, und nicht davor zurückschreckte, Verschwörungphantasien und Lügen zu verbreiten sowie die Integrität der politischen Institutionen infrage zu stellen. Und dennoch hat Trump das politische Establishment geschlagen.

Kaum ein Beobachter hatte Trumps Zuversicht verstanden, als er im Wahlkampf ankündigte, er werde dank der Verlierer der Globali-

⁵ Die unterlegene Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, übernahm die »absolute persönliche Verantwortung« für ihre Niederlage, machte gleichwohl letztlich doch politische Manipulation dafür verantwortlich. Der Sieg sei greifbar nahe gewesen, bis am 28. Oktober – elf Tage vor der Wahl – das FBI und die Russen in einer Weise interveniert hätten, die ihren Rivalen Trump begünstigt habe. Der Direktor des FBI, James Comey, hatte an jenem Tag bekannt gegeben, seine Behörde ermittle zusätzlich gegen Clinton. Dagegen äußerte sich Joe Biden, der frühere Vizepräsident von Barack Obama, kritisch: »Ich habe nie geglaubt, dass Clinton eine gute Kandidatin ist«.

sierung die früher demokratisch wählenden Staaten an den Großen Seen wie Michigan, Wisconsin und Iowa erobern. Trumps Wahlkampf, in dem er auch gegen internationale Handelsabkommen und Globalisierung Stimmung machte, verfiel in den von Abschwung geprägten Gegenden im »Rostgürtel« offensichtlich sehr. Vor allem die weiße Unter- und Mittelschicht im nördlichen Industriegürtel des Mittleren Westens hat den rechtspopulistischen Außenseiter in das mächtige Amt gewählt. Wir sehen die Mobilisierung einer spezifischen Basis und eine Antwort der WählerInnen im Zeitalter der Ungleichheit. Wenn die Globalisierung dazu führt, dass das untere Drittel der Einkommensverteilung über eine ganze Generation hinweg nicht mehr am allgemeinen Anstieg des Wohlstands partizipieren kann, und sich zugleich einer größeren Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz gegenüber sieht, dann gerät die gesellschaftliche Ordnung – samt der neoliberalen Handwerker mit ihren Reparaturideen – in Verruf. AnhängerInnen des Rechtspopulismus sehen sich von der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Sie sind anfällig für die Verschiebung des Verteilungskonfliktes zwischen Kapital und Arbeit in einen Konflikt zwischen dem »Wir und den Fremden«. Ausgangspunkt ist die »immense Wut« eines größeren Teiles der Bevölkerung auf die Legitimität der gesellschaftlichen Ordnung, ihrer Institutionen und ihrer leitenden Akteure. Strittig ist, in wie weit das Ressentiment, das Gefühl mangelnden Respekts und des Abgehängtseins einen materiellen Hintergrund hat. In etlichen Analysen wird darauf verwiesen, dass es weniger die de facto prekäre soziale Lage sei, die rechtspopulistische Einstellungen hervorruft, als vielmehr die subjektive Einschätzung der eigenen Lage, vor allem im Vergleich zu anderen, und subjektive Bedrohungsgefühle – diese sind längst nicht immer identisch mit der vorhandenen sozialen Lage und nicht immer deren Ausdruck. Ausschlaggebend sei ein »Negativ-Narrativ« über die eigene Lage, was dann zu rechtspopulistischen Denkmustern gefriert.⁶

⁶ Ronald Inglehart und Pippa Norris (2016) vertreten die These, weniger die wirtschaftliche Unsicherheit sei dafür ein Erklärungsfaktor als vielmehr eine kulturelle Gegenreaktion. Die Unterstützung des Populismus sei eine Reaktion einst vorherrschender Sektoren auf einen Wertewandel, der ihren Status bedroht. Ich vertrete dagegen die Position, dass die Antipathie gegen

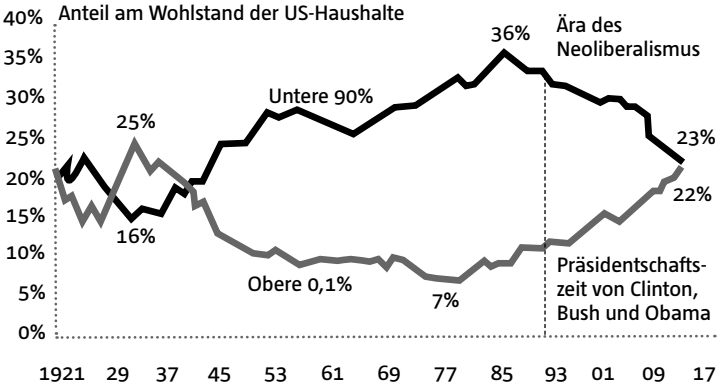
Ich halte diese Entgegensetzung von objektiver sozialer Lage und bloß subjektiver Einschätzung für problematisch. Es gibt aktuell weder in den USA noch im Großteil Europas eine manifeste Krise mit hoher Arbeitslosigkeit.⁷ Auch persönlich unterstreicht ein Großteil der BürgerInnen, dass ihre wirtschaftliche Position passabel und die Lebensqualität hoch sei. Und doch hat sich eine soziale Spaltung verfestigt, die den materiellen Hintergrund für Zukunftsängste und Krisensymptome liefert.

Viele WahlbürgerInnen sehnen sich danach, den aktuellen Kontrollverlust zu überwinden. Globalisierung, Migration und technischer Fortschritt lassen Jobs unsicherer erscheinen. Die Löhne der unteren und mittleren Beschäftigten stagnieren oder schrumpfen, die Mittelschicht sieht ihren sozialen Status bedroht. Die unterschiedliche Beteiligung am gesellschaftlichen Wohlstand wird als nicht leistungsgerecht empfunden. Mit ihrem Votum haben sich BürgerInnen einer Gesellschaft mit gravierenden sozial-ökonomischen und kulturell-rassistischen Problemen, aber ohne akute Wirtschafts- oder Finanzkrise, für eine radikale politische Transformation ausgesprochen. An der wirtschaftlichen Erholung der vergangenen Jahre hat nur ein kleiner Teil der Bevölkerung an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide partizipiert. Sicher haben die Folgen der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007ff. eine Rolle gespielt, aber es wäre eine Fehldeutung, den rechtspopulistischen Protest in erster Linie als Reaktion auf eine direkte Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu deuten. Es handelt sich eher um eine Reaktion auf eine tiefgreifende Verletzung des Selbstwertgefühls, eine Benachteiligung bei der Beteiligung gesellschaftlichen Wohlstand und um Zukunftsängste. Die Erosion der unteren Mittelschichten (siehe

Eliten ihre Ursache hauptsächlich in Ressentiments hat, die auf Ängsten infolge der wachsenden sozialen Ungleichheit basieren. Dabei spielen selbstverständlich auch kulturelle Ressentiments (wie Abwehr von Genderpraktiken, Familienwerte etc.) eine Rolle.

⁷ In einigen Ländern allerdings ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Die von der Europäischen Zentralbank, der EU-Kommission und einigen europäischen Ländern als Sanierungsstrategie verordnete Austeritätspolitik hat nicht nur dort die wirtschaftliche Erholung erschwert.

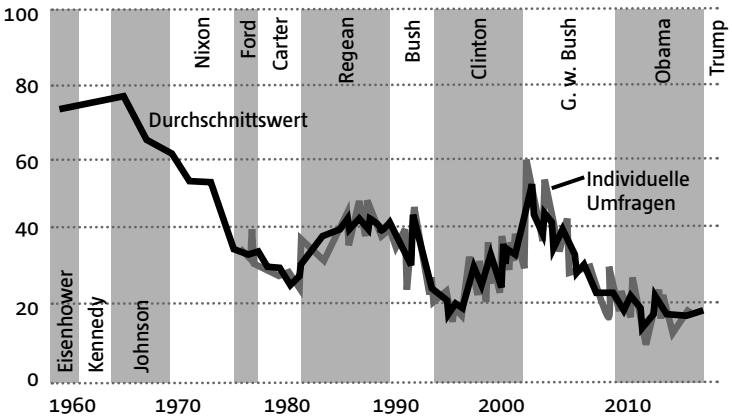
Abb. 1: Wohlstandsverteilung in den USA seit 1917



Quelle: BofA Merrill Lynch Global Investment Strategy, Emmanuel Saez & Gabriel Zucman, 2015

Abb. 2: Schwindendes Vertrauen in Washington

Prozentsatz der US-AmerikanerInnen, die der Bundesregierung immer oder fast immer vertrauen, 1958-2015



Quelle: Pew Research Center, 23.11.2015, www.people-press.org/2015/11/23/public-trust-in-government-1958-2015

Abbildung 1) hat die Glaubwürdigkeit der Mainstream-Politik unterminiert (siehe Abbildung 2).

Die Wahlbeteiligung in den USA ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Bei der Abstimmung zwischen Barack Obama und Mitt Romney im Jahr 2012 lag sie bei 54,8%.⁸ Es geht aber nicht nur um das Präsidentenamt. Die Republikanische Partei hat ihre Mehrheit im Kongress⁹ ausgebaut: Ein Umschwung im von den Republikanern dominierten Repräsentantenhaus gelang den Demokraten nicht, und die Republikaner sicherten sich auch im Senat genügend Mandate, um die Kontrolle über die Kammer zu behaupten.

Auch diese Ergebnisse überraschen, denn die Stammwählerschaft der Republikaner ist so unzufrieden mit ihrer Führung in Washington wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Das mag zunächst erstaunen, ist doch die »Grand Old Party« objektiv betrachtet sehr erfolgreich: Seit 2008 hat sie zwölf Gouverneursposten dazugewonnen und stellt erneut die Mehrheit in beiden Kongresskammern. Auch in zahlreichen gliedstaatlichen Parlamenten hat sie die Zügel übernommen. Faktisch gehören die Republikaner zum Kern des politisch-wirtschaftlichen Establishments. Das Paradoxon der Wahlentscheidung: Ein Milliardär und eine tief in der Oberschicht verankerte Partei sind von einer knappen Mehrheit mit einer politischen Erneuerung beauftragt worden: »Make america great again.«

Dabei fühlt sich eine Mehrheit der Wählerschaft von der politischen Führung auch der Republikaner betrogen, der sie die Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zuschreibt. Die Wut wurzelt in einem Gefühl der Ohnmacht, weil man den Kulturkampf gegen die Demokraten verloren hatte: Zahlreiche von Obama durchgeboxte Reformen sind rote Tücher für konservative

⁸ Grundlage der Berechnung sind aber nicht alle Menschen mit Wahlrecht, sondern nur jene, die sich für die Wahl eingeschrieben haben. Bezieht man diesen Faktor mit ein, sackt die Quote noch einmal ab.

⁹ Der Kongress ist das gesetzgebende Organ (Legislative) der USA mit zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus (mit insgesamt 435 Abgeordneten) und dem Senat, in den jeder Bundesstaat zwei Senatoren entsendet (also 100 Senatoren).

WählerInnen, etwa die obligatorische Krankenversicherung oder die verschärften Regeln beim Waffenkauf. Auch die vom Supreme Court gutgeheißene gleichgeschlechtliche Ehe zeugt für diese Klientel vom Sittenverfall. Außenpolitisch stößt die Versöhnung mit Kuba ebenso wie das Nuklearabkommen mit Iran auf Ablehnung. Zudem vermögen die USA kaum etwas im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auszurichten. Dass Amerika derart sein Gesicht verändert hat, obwohl die Republikaner den Kongress kontrollieren, erzürnt die Basis.

Darüber haben sich die Wählerschaft und die Führung in Washington massiv voneinander entfremdet. Die Partei ist so tief gespalten wie schon lange nicht mehr. Während die Spitze aus strategischen Überlegungen eine Einwanderungsreform unterstützt, ist an der Basis – die vor allem aus weißen BürgerInnen der unteren und mittleren Mittelschichten besteht – seit Längerem ein Rechtsruck zu beobachten. Radikale Strömungen gibt es zwar schon lange innerhalb der »Grand Old Party«, man denke etwa an die Tea Party. In jüngster Zeit aber sind die streng konservativen Kräfte noch erstarkt. Für sie ist »Washington« zum Schimpfwort geworden, der Inbegriff einer abgehobenen und unfähigen Parteiführung. So erklärt sich, dass zwei Drittel der republikanischen Wählerschaft lieber einen Präsidenten mit neuen Ideen wollten als jemanden mit politischer Erfahrung. In diesem Umfeld konnte sich ein rechter Populist gegen das gesamte Establishment seiner Partei durchsetzen.

Er hat die Konkurrentin Hillary Clinton geschlagen und damit auch die Wall Street und die Mehrheit der Oberschichten des Landes. Trump als Repräsentant der wütenden republikanischen Partebasis schert sich anders als die Politikerkaste in Washington nicht um gesellschaftliche Tabus und drückt sich nicht im politischen Slang aus. Er hat keine sachlichen Argumente zur Zukunft des Landes und der demokratischen Welt vorgelegt, sondern Affekte mobilisiert und das Ressentiment der herabgesetzten und verletzten BürgerInnen entfesselt. Es wäre fatal, sich über die rechtspopulistische Gegenrevolution zu täuschen, die wütenden und zornigen WählerInnen fühlten sich gehört und ermächtigt. Nun geht es um die Umsetzung der zentralen Botschaft »Make America great again«.

Der Präsident verkündete nach seiner Wahl: »Unsere Träume werden groß und mutig sein.« Die Vereinigten Staaten müssten nun zusammenstehen, um den »amerikanischen Traum zu erneuern«.

Trumps Kandidatur war wegen seiner populistischen Ankündigung erfolgreich, den alles durchdringenden »Sumpf« des Politbetriebes in Washington trockenzulegen. Teile der Republikanischen Partei hatten während der Obama-Regierung in Absetzung vom Konsensprinzip die Willensbildung der »Grand Old Party« erheblich erschwert und sich in Fragen der öffentlichen Finanzen/Steuern quergestellt, sodass der Regierung Obama zeitweise sogar das Geld für den Tagesbetrieb abgedreht und gesellschaftliche Reformen erheblich verzögert und verwässert wurden (Beschränkungen des Waffenrechtes, Migration, Ausbau der öffentlichen Krankenversicherung etc.).

Trump konnte sich in der Republikanischen Partei durchsetzen, weil die innere Verfassung keine Verständigung auf eine programmatische und personelle Konzeption zuließ. Der politische Konsens, den Ronald Reagan in den 1980er Jahren um eine neoliberale Gesellschaftskonzeption repräsentierte, war unter den nachfolgenden Präsidenten der Bush-Familie teilweise aufgelöst worden. Das konservative Lager entfernte sich vom wirtschaftsliberalen Flügel, die Haushalts-Falken konnten sich mit der sicherheitspolitischen Führungsscrew nur mühsam verständigen. Trump eroberte die Partei von einer »Außenseiter-Position«. Er hielt sich nicht an die üblichen Regeln des Politik-Betriebes, umging weiträumig die Organisation von freiwilligen und bezahlten Wahlhelfern in den Wahlkreisen und setzte auf Großanlässe, unablässige Provokation und damit stetige Medienpräsenz. Sein Aufstieg war möglich, weil die republikanische Führung und die Partielite das Vertrauen eines Großteils der Basis schon vor langer Zeit verloren hatten.

Viele Republikaner hatten sich von der Bewegung der »Tea Party« eine Erneuerung der Partei erhofft. Doch im politischen Alltag entlarvte sich diese Strömung als Revolte der rechtskonservativen Strömungen. Das zentrale Problem, wie die Republikaner das Image einer Partei der Reichen loswerden können, wurde ignoriert und neben den unzureichenden Zielvorstellungen für die kleinen Leute wurde auch die Religion zu einem Problem. Der bi-

blich grundierte Fundamentalismus etlicher Republikaner wurde immer stärker zum parteiinternen Hindernis für ein gesamtstaatliches Programm, zumindest was die Bereiche Geburtenkontrolle, Bildung, Klimapolitik und Gesundheitsschutz anging. Die Republikaner verabscheuten und bekämpften die Gesundheitsreform Obamas, vermochten aber keine eigene Alternative zu generieren. Die Partei hatte sich vom ideologischen Vorreiter der neoliberalen Erneuerung des Kapitalismus in ein buntscheckiges Sammelbecken verwandelt: gegen Abtreibung, gegen Obama und für das Tragen von Waffen.

Einst war die »Grand Old Party« die Partei des Freihandels und der geordneten Einwanderung. Ronald Reagan ermöglichte vielen illegal Immigrierten den Übertritt in die Legalität, und George W. Bush trat im Jahr 2001 mit dem Willen an, das Einwanderungssystem zu reformieren. Doch die Projekte blieben stecken – schon Bush hatte die Partei nicht mehr hinter sich. Donald Trump ist der Vollender dieser Zersplitterung und Radikalisierung: Er will Amerika mit einer Mauer abschotten, den Freihandel endlich »fair« gestalten und die Reform des Gesundheitssystems zurückdrehen. Trump hat die Wut der Tea-Party-Bewegung auf bisher eher passive, rechtskonservative Wählerschichten ausgeweitet und dafür das ideologische Konstrukt Neoliberalismus durch kruden Nationalismus ersetzt.

Viele führende Republikaner sehen, dass Trump auf dem Ticket ihrer Partei zum Präsidenten gewählt wurde und dass die Partei ihre Machtposition in Washington und den Einzelstaaten ausbauen konnte, jedoch von ihren Grundwerten und Zielvorstellungen her in einer tiefen Krise steckt. Deutlich wurde dies beim ersten Projekt, bei dem Trump auf die Kooperation mit den Abgeordneten der Republikaner angewiesen war: der Abschaffung der Gesundheitsreform.

Das Weiße Haus und der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Paul Ryan von den Republikanern, mussten eingestehen, dass sie im ersten Anlauf im März 2017 nicht über den notwendigen Rückhalt verfügten, um die Beseitigung der unter Republikanern verhassten Obamacare durch den Kongress zu bringen. Trumps Vorhaben war zunächst am Widerstand mehrerer Republikaner ge-

scheitert, so dass ein entsprechender Gesetzentwurf noch vor einer Abstimmung im Repräsentantenhaus zurückgezogen wurde. Gemäßigte Parteivertreter lehnten die geplanten Einschnitte ab, Erzkonservativen gingen sie nicht weit genug. Der Gesetzesentwurf sah vor, die Versicherungspflicht zwar zu beseitigen, zugleich sollten dennoch Käufer von neuen Policen vom Staat Steuerkredite erhalten. Dieses Zugeständnis war für die Abgeordneten des konservativen Flügels der Partei inakzeptabel.

Präsident Trump und Paul Ryan erreichten schließlich Ende März 2017 in einem zweiten Anlauf doch noch eine positive Abstimmung, indem sie die Vorlage politisch nach rechts rückten. Um zu verhindern, dass deswegen die Mitte wegbrach, wurden deren Bedenken mit zusätzlichen acht Milliarden US-\$ besänftigt. Die Reform schafft zwar – entgegen den jahrelangen Versprechen – Obamacare nicht einfach ab, greift aber dennoch tief in den Gesundheitssektor ein, der rund ein Sechstel der gesamten Wirtschaftsleistung umsetzt.

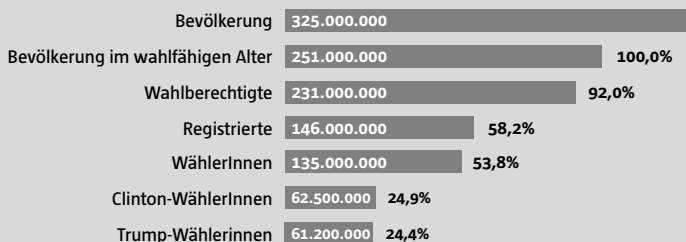
Deutlich wurde an den Auseinandersetzungen um den Gesundheitssektor: Die Republikanische Partei ist gegenwärtig nicht in der Verfassung, auf Kernprobleme der US-Gesellschaft einen konservativen Gestaltungsvorschlag durchzusetzen. Insofern wechselte der Präsident das Terrain und setzte eine umfassende Steuerreform und die Durchsetzung des fairen Handels als nächstes auf die Agenda.

Die Republikaner haben trotz formell starker Machtposition keine Konzeption für die Zukunft Amerikas und der »freien Welt«. Trump hat zwar bei seinen Dekreten gegen die Migration oder in der außenpolitischen Schlüsselfrage des Verhältnisses zu Russland Schranken seiner Macht aufgezeigt bekommen. Aber in welche Richtung bewegt sich die US-Gesellschaft? Aus dem offensichtlichen Scheitern einer Attacke auf eine wichtige Gesellschaftsreform folgt keine Stärkung des US-Systems der »Checks and Balances« der Institutionen. Nach wie vor stellt sich die Frage: Ist die Demokratie in Gefahr, verwandeln sich die USA unter Donald Trump schleichend in einen autoritären Staat?

Die US-Präsidentschaftswahlen 2016: Daten & Fakten

In den USA leben 325 Mio. Menschen, davon sind 75 Mio. jünger als 18 Jahre. Es bleiben 251 Mio. Menschen im Wahlalter. Allerdings sind etwa 20 Mio. wegen einer Straftat von der Wahl ausgeschlossen oder keine US-Staatsbürger. Dazu kommen Personen, die außerhalb der Bundesstaaten leben – etwa in Puerto Rico. Alle diese (8% der US-Wahlbevölkerung) sind nicht stimmberechtigt.

Bevölkerung, Wahlberechtigte, Registrierte, WählerInnen



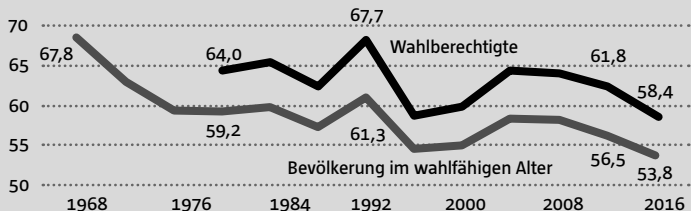
Damit die verbleibenden 231 Mio. Menschen ihre Stimmen abgeben dürfen, müssen sie sich registrieren, das haben 146 Mio. US-BürgerInnen oder 58,2% der Wahlbevölkerung getan. Ca. 135 Mio. BürgerInnen haben schließlich für Trump, Clinton oder einen dritten Kandidaten gestimmt.

Hillary Clinton hat zwar die meisten Stimmen erreicht, aber die Wahl verloren. Auf sie entfielen etwa 63,5 Mio.¹ oder 47,9% der WählerInnenstimmen. Für Donald Trump stimmten 61,9 Mio. der Wahlberechtigten bzw. 46,7%. Trump hat die Wahlen gewonnen, weil US-Präsidenten von Wahlleuten in den einzelnen Bundesstaaten bestimmt werden. In den 50 Staaten und der Hauptstadt Washington sind insgesamt 538 Stimmen zu vergeben, für den Sieg gebraucht werden 270. Wie viele Stimmen ein Staat im »Electoral College« hat, hängt von der Bevölkerungstärke ab. In fast allen Staaten gilt: Der Sieger bekommt alle Wahlmänner- und -frauenstimmen. Bei den Wahlleuten war Trump mit 290 gegenüber 232 für Hillary Clinton der eindeutige Sieger.

¹ Stand der Auszählung: 18.11.2016.

Clinton hat die Wahl verloren, weil sie viele traditionelle WählerInnen der Demokratischen Partei nicht erreichen konnte, was sich auch in einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat. Im Vergleich zu Obama im Jahr 2012 verlor sie etwa 2,5 Mio. Stimmen (gegenüber 2008 sogar etwa sechs Mio. Stimmen). Donald Trump genügten dagegen eine Mio. Stimmen mehr im Vergleich zu Mitt Romney 2012, um neuer US-Präsident zu werden.

Wahlbeteiligung in %



Zeitgleich fanden (teilweise) Wahlen zu den beiden Kammern des US-Parlaments statt. Im 100 Sitze umfassenden Senat haben die Republikaner 52 Sitze, die Demokraten 46 (+ 2 Unabhängige). Von den 435 Sitzen im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner über 241, die Demokraten über 194.

Welche Faktoren waren für den Erfolg Trumps maßgeblich?

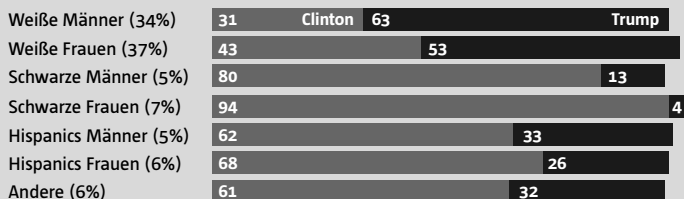
Dass mit Donald Trump ein rechtspopulistischer rassistischer, fremdenfeindlicher und sexistischer Demagoge die Wahl zum 45. US-Präsidenten gewinnen konnte,² kann nicht auf *die* eine Ursache zurückgeführt werden. Entscheidend war sicherlich der harte Anti-Establishment-Kurs, mit dem er die Enttäuschung vieler WählerInnen in seine Richtung lenken konnte. Aber auch Geschlecht, Ethnie, Alter, Bildung, Einkommen und Stadt/Land sind Faktoren, die den Sieg des Rechtspopulismus begünstigten. Wir dokumentieren im Folgenden wesentliche Ergebnisse der Nachwahl-Untersuchungen (Exit-Poll), bei denen 24.500 WählerInnen befragt wurden.

² Vgl. Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus, Sozialismus-Supplement 12/2006

Herkunft und Geschlecht

Für Trump war der Schlüssel zum Erfolg die Aktivierung zahlreicher weißer WählerInnen. Während er bei den Männern insgesamt eine Mehrheit von 54% hinter sich bringen konnte, waren es bei den weißen Männern sogar 63%. Die Frauen haben zwar mit 54% mehrheitlich für Hillary Clinton gestimmt, aber 53% der weißen Frauen votierten für den Chauvinisten Trump, der sich damit brüstete, Frauen zu begripschen.

Stimmenanteile nach Geschlecht und Ethnie in %

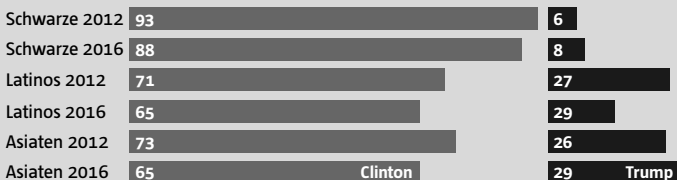


Werte in Klammern: Prozentualer Anteil der Bevölkerungsgruppe an den Wahlberechtigten

Minderheiten

Hillary Clinton hatte auf ein herausragendes Ergebnis bei den ethnischen Minderheiten gesetzt. Die Annahme, diese würden keinen Rassisten wählen, hat sich nicht ganz bewahrheitet. Zwar haben die Schwarzen, Latinos und Asiaten überwiegend für sie gestimmt (fast 90% aller Stimmen von Schwarzen, 65% bei Latinos und Asiaten), aber sie erreichte nicht die Strahlkraft eines Barack Obama bei der Wahl 2012 – die Werte sind um bis zu acht Prozentpunkte zurückgegangen.

Wahlverhalten 2012 und 2016 in %



Alter

Besonders stark schneidet Trump bei der größten Wählergruppe der 50- bis 64-Jährigen ab (53%), Clinton liegt nur bei 44%. Bei den Jahrgängen bis 44 Jahre hatte die Demokratin (allerdings auch hier mit Verlusten gegenüber Obama) die Nase vorn. Bei den jüngsten Wählern kann Clinton zwar punkten, ihr Lager hat bei den 18- bis 29-Jährigen aber auch massiv verloren: Nur noch 54% der unter 30-Jährigen wählten sie, hinter Obama standen 2012 noch 60% der Jungen.

Bildung

Der Blick auf die Bildung zeigt, dass Trump einen klaren Vorsprung bei den US-AmerikanerInnen hat, die maximal über einen Highschool-Abschluss verfügen. Clinton dagegen führt bei den Collegeabsolventen – allerdings nicht so deutlich, wie es die Umfragen vorhergesagt hatten. Nur bei den BürgerInnen mit Hochschulabschluss ist ihr Vorsprung mit 58% Zustimmung deutlich. Besonders stark schneidet Trump bei den Weißen mit und ohne College-Abschluss ab.

Stimmenanteile nach Bildung in %

High School o. weniger	45	Clinton	51	Trump
College besucht	43		52	
College-Abschluss	49		45	
Höherer Abschluss	58		37	

Einkommen

Traditionell wählen US-AmerikanerInnen mit geringem Einkommen eher die Demokraten. Das war auch bei dieser Wahl so. Wer weniger als 30.000 US-Dollar im Jahr verdient, wählte mehrheitlich Clinton. Im Vergleich zur Wahl 2012 hat sie in dieser Einkommensklasse aber 10 Prozentpunkte verloren, auch bei den Gehältern bis 50.000 Dollar verlor sie deutlich. Bei den Einkommen über 50.000 US-Dollar liegt Trump in allen Einkommensgruppen vorne, von einer Basis vor allem bei den unteren Einkommen kann also keine Rede sein. Erst bei einem Einkommen von mehr als 100.000 Dollar konnte Clinton etwas Boden gutmachen. Doch in dieser Gruppe gibt es natürlich weitaus weniger WählerInnen. Hier zeigt sich: Trumps Strategie, sich in seiner Wahlkampagne voll auf die gefühlten oder realen Verlierer der Gesellschaft zu konzen-

trieren, ist aufgegangen. Jede Stimme für Trump ist eine Ohrfeige für die Eliten – so hat er sich immer wieder verkauft.

Wähler nach Einkommensgruppen (US-Dollar) in %

	Clinton	Trump
Unter 30.000	53	41
Unter 50.000	51	42
Unter 100.000	46	50
Unter 200.000	47	48
Unter 250.000	48	49
250.000 u. mehr	46	48

Stadt/Land

Trump findet seine WählerInnen vor allem in ländlichen und suburbanen Bereichen. Hier erreicht er mit 50% bzw. 62% eine deutlich stärkere Zustimmung als Hillary Clinton.

Stimmenverteilung nach Wohnort in %

	Clinton	Trump
Stadt über 50.000 Einw.	59	35
Vorort	45	50
Kleinstadt/ländlich	34	62

Zukunftspessimismus

Clinton wollte als erste US-Präsidentin für Fortschritt und Stabilität stehen. Das kauften ihr die WählerInnen nicht ab. Viele misstrauten ihr, sahen sie als Teil des verkrusteten Establishments. Schwarzseher, Unzufriedene, Pessimisten: Sie alle tendierten zu Trump. Auch für die Trump-WählerInnen war die Wirtschaft, und damit das Thema Arbeitsplätze, eines der wichtigen Themen im Wahlkampf.

Die wichtigsten Themen für das Land

	Clinton-WählerInnen	Trump-WählerInnen
Außenpolitik	60%	34%
Einwanderung	32%	64%
Wirtschaft	52%	42%
Terrorismus	39%	57%

Was erwarten Sie:

Wie wird das Leben für die nächste Generation Amerikaner sein?

Besser als heute	59	Clinton	38	Trump
Schlechter als heute	30		63	
In etwa gleich	55		39	

Ökonomisch/finanzielle Situation

Trump-WählerInnen schätzen die ökonomische Situation in den USA sehr negativ ein. 55% von denen, die die Situation für »nicht gut« halten, haben Trump gewählt, und bei denen, die die Situation für miserabel halten, sind es sogar 79%. Auch bezogen auf die Zukunftsperspektiven dominiert bei den Trump-WählerInnen Pessimismus. So erwarten 63% der WählerInnen der Republikaner, dass das Leben für die nächste Generation der AmerikanerInnen schlechter sein wird als heute. Und auf die Frage, wie sie ihre finanzielle Situation im Vergleich zu vor fünf Jahren einschätzen, haben 78% derjenigen, die sagen, dass ihre Situation heute schlechter ist, Trump gewählt.

»Für Leute wie mich ist das Leben heute schlechter als vor 50 Jahren«



Vorurteile

Für die Situation machen die Trump-WählerInnen vor allem den internationalen Handel und die Migration verantwortlich – die deshalb auch im Zentrum des Trumpschen Wahlkampfes standen. So haben 65% derjenigen, die den freien Handel für den Verlust von Arbeitsplätzen in den USA verantwortlich machen, Trump gewählt. Der andere Sündenbock sind die MigrantInnen. 84% von denen, die eine Deportation von illegalen MigrantInnen in ihre Heimatländer fordern, und 86%, derer, die den Bau einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze befürworten, sind Trump-Fans.

Versagen der politischen Eliten

Zu den Grundzügen des Rechtspopulismus gehört die Anti-Establishment-Haltung, die Trump pflegt wie kein anderer. Er hat dafür einen großen Resonanzboden. 77% von denen, die ärgerlich über die Bundesregierung sind, haben Trump gewählt. Auch 90% derer, die eine schlechte Meinung von Präsident Obama haben, 83% von denen, die generell finden, dass die Regierung zu viel tut, haben Trump ihre Stimme gegeben. Und 83% derer, die finden, dass Obama mit seiner Gesundheitsreform zu weit gegangen ist.

Hoffnung auf Wandel

Für die Wahl von Donald Trump waren weniger das Zutrauen in die Erfahrung, das gute Urteilsvermögen oder seine Bürgernähe verantwortlich, sondern die Hoffnung, dass der Rechtspopulist »für Wandel« sorgt.

Wichtigste Eigenschaft des Kandidaten für die Wahlentscheidung in %

